Jahresabschluss 2025

Entsorgungsgesellschaft Vorpommern-Greifswald mbH (EGVG) -Tochter der VEVG

C. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2025 (**Anlagen 1 bis 3**) und dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2025 (**Anlage 4**) der Entsorgungsgesellschaft Vorpommern-Greifswald mbH, Weitenhagen, unter dem Datum vom 22. April 2026 folgenden uneingeschränkten **Bestätigungsvermerk** erteilt, der hier wiedergegeben wird:

„BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Entsorgungsgesellschaft Vorpommern-Greifswald mbH, Weitenhagen

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Entsorgungsgesellschaft Vorpommern-Greifswald mbH, Weitenhagen, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Entsorgungsgesellschaft Vorpommern-Greifswald mbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2025 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutref-

fend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkei-

ten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen

Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN / ERWEITERUNG DER JAHRESABSCHLUSSPRÜFUNG GEMÄß § 13 Abs. 3 i.V.m. § 14 Abs. 2 KPG M-V

Aussage zu den wirtschaftlichen Verhältnissen

Wir haben uns mit den wirtschaftlichen Verhältnissen der Gesellschaft i.S.v. § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG im Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 befasst. Gemäß § 14 Abs. 2 KPG M-V haben wir in dem Bestätigungsvermerk auf unsere Tätigkeit einzugehen.

Auf Basis unserer durchgeführten Tätigkeiten sind wir zu der Auffassung gelangt, dass uns keine Sachverhalte bekannt geworden sind, die zu wesentlichen Beanstandungen der wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft Anlass geben.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft sowie für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie dafür als notwendig erachtet haben.

Verantwortung des Abschlussprüfers

Unsere Tätigkeit haben wir entsprechend dem IDW Prüfungsstandard: Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG (IDW PS 720), Fragenkreise 11 bis 16, durchgeführt.

Unsere Verantwortung nach diesen Grundsätzen ist es, anhand der Beantwortung der Fragen der Fragenkreise 11 bis 16 zu würdigen, ob die wirtschaftlichen Verhältnisse zu wesentlichen Beanstandungen Anlass geben. Dabei ist es nicht Aufgabe des Abschlussprüfers, die sachliche Zweckmäßigkeit der Entscheidungen der gesetzlichen Vertreter und die Geschäftspolitik zu beurteilen.

Kiel, 22. April 2026

Baltic Revisions-
und Treuhand GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Kaden
Wirtschaftsprüfer"

Anlagen

Entsorgungsgesellschaft Vorpommern-Greifswald mbH
Zum Voßberg
17498 Weitenhagen

Bilanz zum 31. Dezember 2025

AKTIVA

	€	Stand am 31.12.2025 €	Stand am 31.12.2024 €
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Recht und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		3,00	3,00
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	396.166,95		396.166,95
2. technische Anlagen und Maschinen	4,00		5,00
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.182.704,62		1.933.044,00
		2.578.875,57	2.329.215,95
		2.578.878,57	2.329.218,95
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		4.783,45	2.640,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	820.791,51		536.232,73
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: € 0,00 (Vj: € 0,00)			
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	15.501,93		15.318,76
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: € 0,00 (Vj: € 0,00)			
3. Forderungen gegen Gesellschafter	50.280,22		40.871,26
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: € 0,00 (Vj: € 0,00)			
4. sonstige Vermögensgegenstände	38.672,20		66.469,58
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: € 0,00 (Vj: € 0,00)		925.245,86	658.892,33
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		56.708,03	386.089,45
		986.737,34	1.047.621,78
C. Rechnungsabgrenzungsposten		10.009,21	8.608,65
		3.575.625,12	3.385.449,38

PASSIVA

	€	Stand am 31.12.2025 €	Stand am 31.12.2024 €
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital			
1. Gezeichnetes Kapital	26.000,00		26.000,00
2. Eigene Anteile	-23.350,00		-23.350,00
		2.650,00	2.650,00
II. Kapitalrücklage		479.075,51	479.075,51
III. Gewinnrücklagen			
andere Gewinnrücklagen		18.162,14	18.162,14
IV. Gewinnvortrag		1.550.467,56	1.597.733,34
V. Jahresfehlbetrag		- 37.228,37	- 47.265,78
		2.013.126,84	2.050.355,21
B. Rückstellungen			
sonstige Rückstellungen		199.050,00	159.720,42
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	422.521,65		601.407,02
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 170.092,06 (Vj: € 178.885,37)			
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	160.468,20		261.235,88
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 160.468,20 (Vj: € 261.235,88)			
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbunden Unternehmen	146.749,99		99.238,66
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 146.749,99 (Vj: € 99.238,66)			
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	202.296,70		813,83
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 202.296,70 (Vj: € 813,83)			
5. sonstige Verbindlichkeiten	431.411,74		212.678,36
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 246.636,31 (Vj: € 212.678,36)		1.363.448,28	1.175.373,75
- davon aus Steuern: € 62.899,99 (Vj: € 81.354,07)			
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: € 6.955,30 (Vj: € 4.011,33)			
		3.575.625,12	3.385.449,38

Anlage 2

Entsorgungsgesellschaft Vorpommern-Greifswald mbH
Zum Voßberg
17498 Weitenhagen

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025

	€	€	Vorjahres-zahlen €
1. Umsatzerlöse	7.857.077,10		7.619.973,96
2. Sonstige betriebliche Erträge	76.138,04		68.153,93
		7.933.215,14	7.688.127,89
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-635.901,87		-630.479,14
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-1.748.424,14		-1.654.806,96
		-2.384.326,01	-2.285.286,10
4. Rohergebnis		5.548.889,13	5.402.841,79
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-2.751.715,81		-2.602.893,05
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-655.579,45		-586.029,71
- davon für Altersversorgung: € 1.126,20 (Vj: € 1.044,00)		-3.407.295,26	-3.188.922,76
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-317.224,67	-497.124,13
7. sonstige betriebliche Aufwendungen		-1.814.710,94	-1.717.720,51
8. Betriebsergebnis		9.658,26	-925,61
9. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		303,32	183,49
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-24.418,53	-27.721,76
- davon an verbundene Unternehmen: € 369,00 (Vj: € 0,00)			
11. Finanzergebnis		-24.115,21	-27.538,27
12. Steuern vom Einkommen und Ertrag		2,10	4.157,70
13. Ergebnis nach Steuern		-14.454,85	-24.306,18
14. sonstige Steuern		-22.773,52	-22.959,60
15. Jahresfehlbetrag		**-37.228,37**	**-47.265,78**

Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Der Jahresabschluss wurde gemäß § 73 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern nach den Vorschriften der §§ 242 ff. HGB und aufgrund der gesellschaftsvertraglichen Regelung unter der Beachtung der ergänzenden Bestimmungen für große Kapitalgesellschaften §§ 264 ff. HGB sowie des GmbHG aufgestellt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert.

Angaben zur Identifikation der Gesellschaft laut Registergericht

Firmenname laut Registergericht:	Entsorgungsgesellschaft Vorpommern-Greifswald mbH
Firmensitz laut Registergericht:	Weitenhagen
Registereintrag:	Handelsregister
Registergericht:	Stralsund
Register-Nr.:	3385

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Erworbene immaterielle Anlagewerte wurden zu Anschaffungskosten angesetzt und, sofern sie der Abnutzung unterlagen, um planmäßige Abschreibungen vermindert.

Das Sachanlagevermögen wurde zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt und, soweit abnutzbar, um planmäßige Abschreibungen vermindert.

Steuerlich sogenannte geringwertige Wirtschaftsgüter wurden im Zugangsjahr vollständig abgeschrieben.

Die planmäßigen Abschreibungen wurden nach der voraussichtlichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände linear vorgenommen.

Die Vorräte wurden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt. Sofern die Tageswerte am Bilanzstichtag niedriger waren, wurden diese angesetzt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände wurden mit den Nennwerten angesetzt. Forderungen wurden unter Berücksichtigung aller erkennbaren Risiken bewertet. Auf den Forderungsbestand wurde eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von 1 % vorgenommen.

Kassen- und Bankguthaben sind zum Nominalwert angesetzt.

Die sonstigen Rückstellungen wurden für alle weiteren ungewissen Verbindlichkeiten gebildet. Dabei wurden alle erkennbaren Risiken berücksichtigt.

Verbindlichkeiten wurden zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

Angaben zur Bilanz

Anlagespiegel für die einzelnen Posten des Anlagevermögens

Die Entwicklung der Posten des Anlagevermögens ist aus dem Anlagenspiegel zu entnehmen.

ANLAGENSPIEGEL zum 31. Dezember 2025

Entsorgungsgesellschaft Vorpommern-Greifswald mbH, Weitenhagen

	Anschaffungs-, Herstellungs-kosten 01.01.2025 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Anschaffungs-, Herstellungs-kosten 31.12.2025 EUR	kumulierte Abschreibung 01.01.2025 EUR	Abschreibung Geschäftsjahr EUR	Abgänge EUR	kumulierte Abschreibung 31.12.2025 EUR	Buchwert Geschäftsjahr 31.12.2025 EUR	Buchwert Vorjahr 31.12.2024 EUR
Anlagevermögen										
I. Immaterielle Vermögensgegenstände										
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	38.493,00	0,00	0,00	38.493,00	38.490,00	0,00	0,00	38.490,00	3,00	3,00
Summe Immaterielle Vermögensgegenstände	**38.493,00**	**0,00**	**0,00**	**38.493,00**	**38.490,00**	**0,00**	**0,00**	**38.490,00**	**3,00**	**3,00**
II. Sachanlagen										
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	466.049,78	0,00	0,00	466.049,78	69.882,83	0,00	0,00	69.882,83	396.166,95	396.166,95
2. technische Anlagen und Maschinen	54.399,00	0,00	3.000,00	51.399,00	54.394,00	0,00	2.999,00	51.395,00	4,00	5,00
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.205.795,44	566.894,29	134.761,82	6.637.927,91	4.272.751,44	317.224,67	134.752,82	4.455.223,29	2.182.704,62	1.933.044,00
Summe Sachanlagen	**6.726.244,22**	**566.894,29**	**137.761,82**	**7.155.376,69**	**4.397.028,27**	**317.224,67**	**137.751,82**	**4.576.501,12**	**2.578.875,57**	**2.329.215,95**
Summe Anlagevermögen	**6.764.737,22**	**566.894,29**	**137.761,82**	**7.193.869,69**	**4.435.518,27**	**317.224,67**	**137.751,82**	**4.614.991,12**	**2.578.878,57**	**2.329.218,95**

Angaben zu Forderungen

Die Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen und gegenüber Gesellschaftern sind dem Grunde nach Forderungen aus Lieferungen.

Angaben und Erläuterungen zu Rückstellungen

Im Posten sonstige Rückstellungen sind Rückstellungen für Resturlaub (99 EUR), Überstunden (40 TEUR), Berufsgenossenschaft (25 TEUR), Abschluss- und Prüfungskosten (20 TEUR), Rechtskosten (9 TEUR) sowie Aufbewahrung (6 TEUR) enthalten.

Angaben zu Verbindlichkeiten

Art der Verbindlichkeit zum 31.12.2025	**Gesamtbetrag**	**davon mit einer Restlaufzeit**		
		bis 1 J.	**1 bis 5 J.**	**größer 5 J.**
	TEUR	**TEUR**	**TEUR**	**TEUR**
gegenüber Kreditinstituten	423	170	253	0
aus Lieferungen und Leistungen	160	160	0	0
gegenüber verbundenen Unternehmen	147	147	0	0
gegenüber Gesellschaftern	202	202	0	0
sonstige Verbindlichkeiten	431	247	147	37
Summe	**1.363**	**926**	**400**	**37**

Verbindlichkeiten in Höhe von 926 TEUR (Vorjahr: 753 TEUR) haben eine Restlauzeit von bis zu einem Jahr und Verbindlichkeiten in Höhe von 37 TEUR (Vorjahr: 0 TEUR) haben eine Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegenüber Gesellschaftern sind in Höhe von 149 TEUR Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 423 TEUR sind durch Eigentumsvorbehalte an den mit ihnen finanzierten Vermögensgegenstände gesichert.

Nicht bilanzierte sonstige finanzielle Verpflichtungen

Neben den in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten bestehen in Höhe von 558 TEUR sonstige finanzielle Verpflichtungen aus Dienstleistungen, Mieten und Leasing.

Sonstige Angaben

Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahrs beschäftigten Arbeitnehmer

Die nachfolgenden Arbeitnehmergruppen waren während des Geschäftsjahres im Unternehmen beschäftigt:

Arbeitnehmergruppen	Zahl
Arbeiter	69
Angestellte	7
Die Gesamtzahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer beträgt damit	76

Namen der Geschäftsführer

Während des abgelaufenen Geschäftsjahrs wurden die Geschäfte des Unternehmens durch Herrn Uwe-Andersen Hoth, Kaufmann, und Frau Solvig Kaiser, Kauffrau, geführt.

Personalaufwand

Im Personalaufwand sind für die gesetzlichen Vertreter 13 TEUR entsprechend § 285 Nr. 9a HGB enthalten.

Honorar des Abschlussprüfers

Das vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar beträgt 6 TEUR.

Vorgänge von besonderer Bedeutung

Es gab keine wesentlichen Ereignisse nach dem Bilanzstichtag.

Ergebnisverwendung

Die Geschäftsführung schlägt in Übereinstimmung mit den Gesellschaftern die folgende Ergebnisverwendung vor:

Der Jahresfehlbetrag beträgt 37.228,37 EUR und wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Weitenhagen, den 31. März 2026

Uwe-Andersen Hoth

Sovig Kaiser

Grundlagen des Unternehmens

Die Entsorgungsgesellschaft Vorpommern-Greifswald mbH (EGVG mbH) ist eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der Ver- und Entsorgungsgesellschaft des Landkreises Vorpommern-Greifswald (VEVG mbH). Die Ver- und Entsorgungsgesellschaft des Landkreises Vorpommern-Greifswald mbH ist eine 100%ige Gesellschaft des Landkreises Vorpommern-Greifswald.

Die EGVG wurde ab 01.01.2017, entsprechend des Kreistagbeschlusses vom 13.07.2015, mit der kommunalen Entsorgung im „Entsorgungsgebiet Nord" des Landkreises Vorpommern-Greifswald beauftragt.

Die inhaltlichen Schwerpunkte der Geschäftstätigkeit des Unternehmens, entsprechend des mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald für 10 Jahre geschlossenen Dienstleistungsvertrages:

Teil A:

- Einsammlung und Beförderung von Hausmüll,
- Einsammlung und Beförderung von Papier, Pappe, Kartonagen (kommunaler Anteil),
- Abfallbehältergestellung und Behälterservice für Hausmüll sowie Papier, Pappe, Kartonagen (kommunaler Anteil),
- Einsammlung und Beförderung von Sperrmüll, Elektro- und Elektronikschrott sowie Schrott,
- Einsammlung und Beförderung von Grünschnitt und Tannenbäumen,
- Einsammlung, Beförderung und Entsorgung von Schadstoffen,
- Beförderung von Abfällen von den Wertstoffhöfen,

wurden in guter Qualität umgesetzt. Um die fortlaufende Qualitätssicherung der Entsorgungsdienstleistungen zu gewährleisten, unterzieht sich die EGVG der Qualitätssicherungsverfahren im Sinne der Entsorgungsfachbetriebe-Verordnung und wiederholt diese regelmäßig.

Teil B:

- Einsammlung und Beförderung von Bioabfall über ein Holsystem (Biotonne),
- Abfallbehältergestellung und Behälterservice für Bioabfall.

Bei den Leistungen Teil B handelt es sich um eine Bedarfsposition (optionale Leistung).

Die EGVG hat diese Leistungen nach schriftlicher Erklärung des Auftraggebers ab dem in der schriftlichen Erklärung bestimmten Zeitpunkt zu erbringen.

Geschäftsverlauf und Rahmenbedingungen

Im Rahmen der Neustrukturierung der Abfallwirtschaft im Landkreis Vorpommern-Greifswald hat der Kreistag in seiner Sitzung am 13.07.2015 beschlossen, in den Teilgebieten Stadt Greifswald, Greifswald-Land, Wolgast und Anklam, ab dem 01.01.2017 die kommunalen Entsorgungsaufgaben durch eine der Kommunalgesellschaften zu realisieren.

Diese Gesellschaft ist die EGVG.

Die EGVG hat ab 01.01.2017 die kommunale Abfallentsorgung im „Entsorgungsgebiet Nord“ des Landkreises Vorpommern-Greifswald (Altkreis Anklam, Hansestadt Greifswald, Altkreis Greifswald, Altkreis Wolgast, Ämter Jarmen-Tutow und Peenetal/Loitz) übernommen.

Die kommunale Entsorgung von Hausmüll, Sperrmüll, Papier, Pappe und Kartonagen sowie Schadstoffen erfolgt von drei Standorten aus.

Die kommunale Entsorgung ist durch die Abfallgebührensatzung des Landkreises Vorpommern-Greifswald ab 01.01.2026 gedeckt.

Der Jahresfehlbetrag des abgelaufenen Geschäftsjahres in Höhe von -37 T€ weicht in der Höhe von 24 T€ vom Wirtschaftsplan ab. Der Wirtschaftsplan sah ein Ergebnis für 2025 in Höhe von -61 T€ vor. Die Abweichung resultiert im Wesentlichen aus höheren Umsatzerlösen, denen aber auch höhere Materialkosten insbesondere für Verwertung von Abfällen, Fremdtransporte und Fremdleistungen Arbeitnehmerüberlassung gegenüberstehen.

Darstellung der Lage der Gesellschaft

Ertragslage

Die Umsatzerlöse haben sich von 7.620 T€ in 2024 auf 7.857 T€ in 2025 erhöht. Im Wesentlichen basieren die höheren Erlöse auf höheren Sammelmengen an Restabfall, Grünabfällen, Papier Pappe Kartonagen, höheren Containermieten, Umladung von Wertstoffen sowie Weiterbelastungen.

Der Materialaufwand setzt sich überwiegend aus dem Einkauf von Dieselkraftstoff für die Fahrzeuge, LKW-Reparaturen, dem Abfalltransport sowie der Verwertung von Abfällen zusammen. Der Materialaufwand beträgt 2.384 T€ und hat sich im Vergleich zum Vorjahr (2.285 T€) erhöht. Dies resultiert im Wesentlichen aus den Verwertungskosten und Fremdleistungen für Transporte und Arbeitnehmerüberlassungen.

Die Personalaufwandsquote stellt die Personalintensität eines Unternehmens zur Gesamtleistung dar. Diese betrug im Vorjahr (Personalaufwand 3.189 T€/Umsatzerlöse 7.620 T€) 42%. Im Berichtsjahr hat die Gesellschaft 3.407 T€ Personalaufwand und 7.857 T€ Umsatzerlöse. Das ergibt eine Personalaufwandsquote von 43%. Diese hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1% erhöht. Die Erhöhung ist tariflich bedingt und entspricht unseren Erwartungen.

Die Abschreibungen belaufen sich entsprechend dem Investitionsverlauf auf 317 T€ (Vorjahr 497 T€).

Die sonstigen betrieblichen Ausgaben belaufen sich auf 1.815 T€ (Vorjahr 1.718 T€). Die Zunahme der Kosten basiert im Wesentlichen auf den höheren Fahrzeugkosten.

Demnach ergibt sich ein Jahresfehlbetrag des abgelaufenen Geschäftsjahres in Höhe von -37 T€ (Vorjahr -47 T€). Der Wirtschaftsplan sah ein Ergebnis für 2025 in Höhe von -61 T€ vor.

Die Erhöhung zum Planergebnis beträgt somit 24 T€. Gegenüber der Planung fielen die Umsatzerlöse um 572 T€ höher aus. Im Wesentlichen basieren die höheren Erlöse auf Miete und Transporte von Containern der Wertstoffhöfe sowie höhere Erlöse für Umladen und Verdichten.

Die gesamten Aufwendungen waren um 570 T€, vor allem aufgrund der Teuerung im Kfz-Teile- und Reparaturbereich und durch Zahlung freiwilliger Sozialleistungen, höher als geplant.

Vermögenslage und Finanzlage

Die Investitionen des Jahres 2025 waren vor allem Ersatzinvestitionen. Die Zugänge im Sachanlagevermögen betrugen 567 T€, denen Abschreibungen in Höhe von 317 T€ gegenüber standen.

Unter Einbeziehung des Jahresfehlbetrages von -37 T€ aus dem Geschäftsjahr 2025 ergibt sich per 31.12.2025 ein Eigenkapital in Höhe von 2.013 T€. Die Eigenkapitalquote beträgt zum Bilanzstichtag 56 %.

Es wurden sonstige Rückstellungen in Höhe von 199 T€ gebildet.

Der Bestand an liquiden Mitteln hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 329 T€ auf 57 T€ verringert. Die Barliquiditätsquote verringerte sich damit von 51,3 % auf 6,1 %.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit hatte für 2025 einen Wert von 0 T€. Investitionen und die Tilgungsleistungen wurden durch Kreditaufnahmen und den Abbau von Bankguthaben finanziert.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit hatte einen Wert von -544 T€. Er resultiert aus Anlagenzugängen von 567 T€ und Buchgewinnen aus Anlagenverkäufen in Höhe von 23 T€.

Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit hatte für 2025 einen Wert von 215 T€. Er resultiert aus der Aufnahme von Krediten in Höhe von 421 T€ sowie der Tilgung von Krediten und Zinsaufwendungen in Höhe von 206 T€.

Die EGVG war stets in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Die bestehenden Darlehen wurden im Wirtschaftsjahr 2025 planmäßig getilgt.

Die Unternehmenssteuerung erfolgt im Wesentlichen aufgrund von operativen Leistungsindikatoren wie Auslastung, Personalaufwandsquote und Mitarbeiterzufriedenheit. Die Mitarbeiterzufriedenheit ist an der normalen Fluktuation zu messen.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Ein angemessenes Risikomanagementsystem besteht und wird ständig weiterentwickelt. Ziel des Finanz- und Risikomanagements ist die Sicherung gegen finanzielle Risiken jeglicher Art.

Eventuelle Risiken, die sich negativ auf die Vermögens-, Ertrags- und insbesondere Finanzlage der Gesellschaft auswirken, wurden durch eine Darlehensgewährung durch die VEVG abgewendet. . Im Rahmen der Preisgleitklausel im Dienstleistungsvertrag mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald werden die steigenden Kraftstoffpreise und tarifliche Anpassungen der Personalkosten gedeckt.

Die EGVG ist in das bestehende interne Kontrollsystem und das Risikomanagementsystem der VEVG/RVG integriert.

Zu erwartende Liquiditätsengpässe durch weiter steigende Dieselpreise und allgemeine Preiserhöhungen in allen Bereichen werden durch die Abfallgebühren des Landkreises Vorpommern-Greifswald abgefedert. Durch unsere permanente Liquiditätsüberwachung stellen wir sicher, dass der finanzielle Spielraum für unsere Geschäftsaktivitäten jederzeit gegeben ist.

Bestandsgefährdende Risiken werden nicht gesehen. Die Verlängerung des öffentlich-rechtlichen Vertrages mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald erfolgte bis 2036. Anzeichen für mittelfristig wirkende wirtschaftliche und rechtliche Bestandsgefährdungspotentiale sind nicht zu erkennen.

Voraussichtliche Entwicklung

Die Gesellschaft konzentriert sich auf die Umsetzung der sich für sie aus der Abfallwirtschaftssatzung ergebenen und vom Landkreises Vorpommern-Greifswald übertragenen Aufgaben. Bei der Umsetzung ihrer Aufgaben stützt sich die Gesellschaft im Jahr 2026 zunächst auf insgesamt 81 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Der Wirtschaftsplan 2026 enthält ein Jahresergebnis in Höhe von 91 T€ und erwartet somit ein im Vergleich zum Vorjahr deutlich höheres Ergebnis und somit einen positiven Geschäftsverlauf.

Die Geschäftstätigkeit ist durch den öffentlich-rechtlichen Vertrag mit dem Landkreis bis Ende 2036 gesichert.

Weitenhagen, den 27. März 2026

Uwe-Andersen Hoth
Geschäftsführer

Solvig Kaiser
Geschäftsführerin